

Pressemitteilung

Schiene mit Riesen-Potenzial für grünen Stahl

Bündnis fordert von Bundesregierung rasche Implementierung von Leitmärkten

Berlin, 02.12.2025. Ein Bündnis aus Verbänden und Gewerkschaften fordert die Bundesregierung dazu auf, in Deutschland zügig Leitmärkte für grünen Stahl zu etablieren. Insbesondere im Schienenwegebau sieht das Bündnis großes Potenzial und erwartet davon eine Signalwirkung auch für andere Industrie- und Baubereiche. Die Bundesregierung sei nun gefordert, konkrete Pilotprojekte anzugehen und etwa mit einem angepassten Vergaberecht die Anreize für den Einsatz von grünem Stahl aus Europa zu erhöhen.

Schon in ihrem Koalitionsvertrag hat die schwarz-rote Bundesregierung angekündigt, das Vergaberecht auf nationaler und europäischer Ebene zu vereinfachen und zu beschleunigen „für emissionsarme Produkte in der Grundstoffindustrie mit einem Pionierfeld für die Deutsche Bahn“. Dazu sagte der Geschäftsführer der Allianz pro Schiene, Dirk Flege: „Beim Bau oder der Erneuerung von Schienenstrecken könnten hier große Mengen CO₂ eingespart werden, wenn grüner Stahl aus Deutschland oder einem anderen EU-Land verbaut würde. Bislang gibt es nur sehr vereinzelt Pilotprojekte. Pro Schienenkilometer könnten bis zu 100 Tonnen CO₂ eingespart werden; für eine Strecke wie Hamburg-Berlin wären es im Vergleich zu konventionellem Stahl etwa 33.000 Tonnen CO₂ weniger.“

Die angekündigten Pilotprojekte in der Schieneninfrastruktur müssen nun schnell umgesetzt werden, forderte auch der Präsident des Deutschen Naturschutzrings, Prof. Dr. Kai Niebert: „Länder wie Belgien und Frankreich machen uns vor, dass der Einsatz von grünem Stahl auf der Schiene bereits heute möglich ist. Wenn wir auch in Deutschland auf der Schiene mit gutem Beispiel vorangehen, wird davon eine Signalwirkung für den gesamten Wirtschaftsstandort ausgehen und zeigen, dass Klimaneutralität und gute Wirtschaftspolitik zusammengehören.“

Neben der Erreichung der Klimaschutzziele sieht das Bündnis auch Vorteile für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie. Dazu sagte der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Kerner: „Wenn Milliarden aus dem Sondervermögen in öffentliche Infrastruktur wie Bahntrassen fließen, muss das auch bei den heimischen Stahlherstellern ankommen. Wir brauchen hier verbindliche Local-Content-Vorgaben“.

Kerstin Maria Rippel, Hauptgeschäftsführerin der Wirtschaftsvereinigung Stahl, betont: „Die Bundesregierung muss jetzt zügig Leitmärkte für emissionsarmen heimischen Stahl schaffen, damit der Umbau zur Klimaneutralität unserer Industrie verlässlich vorankommt – und der Stahlstandort gesichert wird. Die Voraussetzungen sind da: zunehmend emissionsarmer Stahl aus Deutschland und der EU, etablierte Nachhaltigkeitsstandards sowie bewährte Best-Practice-Beispiele. Entscheidend ist nun, dass öffentliche Beschaffungsverfahren Klarheit schaffen und damit die Nachfrage nach klimafreundlichen Materialien stärken.“

Mögliche Mehrkosten beim Bauen müsse der Bund durch zusätzliche Mittel ausgleichen. Jeder investierte Euro komme dreifach zurück in Form von Klimaschutz, wettbewerbsfähiger Wirtschaft und gesicherter Arbeitsplätze.

Weitere Informationen:

- [Positionspapier zum Download](#)

Sabrina Wendling

Pressesprecherin Allianz pro Schiene e.V.
030. 246 25 99 - 20
0171. 727 00 26
sabrina.wendling@allianz-pro-schiene.de

Artur Siemens

Pressesprecher IG Metall
069. 66 93 - 28 72
0160. 53 31 782
artur.siemens@igmetall.de

Susan Saß

Leiterin Kommunikation Wirtschaftsvereinigung Stahl
030. 23 25 5460
0151. 62566730
Susan.Sass@wvstahl.de

Leonie Gehrke

Koordinatorin für Presse und Kommunikation
Deutscher Naturschutzring
030. 678 17 75-78
leonie.gehrke@dnr.de